

V-41 #StandwithHK – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen

Antragsteller*in: Margarete Bause (KV München)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der gewaltsamen
2 Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im Juni
3 gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein Viertel
4 der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene
5 Auslieferungsgesetz. Kritiker*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven Angriff auf
6 die gesetzlich verbrieft Autonomie Hongkongs, auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte und
7 als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone. Trotz der
8 Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe auf Eis
9 zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen, halten die
10 Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe stehen
11 mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese beinhalten
12 insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige Aufarbeitung
13 der Polizeigewalt.

14
15 Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von Demonstrierenden als
16 Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich Demonstrierende
17 vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte vorgehen
18 ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im Rahmen
19 der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil dauerhaft
20 geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und systematischen
21 sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich aus
22 Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.

23
24 Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote durch die
25 Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings lässt sich
26 die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die
27 Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
28 und die Achtung der Menschenrechte.

29
30 Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und
31 Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen Bundestagsfraktion
32 belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der chinesischen
33 Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer*innen der Hongkonger
34 Demokratiebewegung richtet.

35
36 Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere
37 Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch als die
38 Bürger*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen, schien

39 ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die
40 Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für
41 Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr
42 Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch, wie
43 erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

44
45 Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden
46 Hongkonger*innen und fordert:

- 47 • die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und
48 Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für
49 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die
50 friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden
51 Möglichkeiten zu unterstützen;
52
- 53 • die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik China
54 aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger Grundgesetz (Basic
55 Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
56
- 57 • alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf, in
58 Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf die
59 Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law) und
60 insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
61
- 62 • die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong zu
63 appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen
64 einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) garantierten Rede-
65 , Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und
66 Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und
67 politische Rechte;
68
- 69 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
70 Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -
71 auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen
72 vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen
73 Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten
74 Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung
75 oder Strafe;
76
- 77 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
78 Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über
79 flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend
80 umzusetzen;
81
- 82 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
83 Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln
84 geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an

85 friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;
86

- 87 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
88 Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der
89 Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen
90 Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli
91 einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu
92 machen;
93
- 94 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
95 Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig
96 und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den
97 Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the Use of
98 Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;
99
- 100 • die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone
101 Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt
102 des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu
103 etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der
104 Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller Führungspositionen
105 ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
106
- 107 • die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der
108 Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen
109 Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, im Einklang
110 mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
111
- 112 • die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement zwischen der
113 Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong einzusetzen;
114
- 115 • die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China in
116 allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und Regierungsvertreter*innen
117 anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche
118 Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu
119 erinnern;
120
- 121 • die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China mit
122 Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte und
123 völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
124
- 125 • die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und
126 rechtstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern,
127 beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
128

- 129
- 130
- 131
- 132
- 133
- 134
- 135
- 136
- 137
- 138
- 139
- 140
- 141
- 142
- 143
- 144
- 145
- 146
- 147
- 148
- 149
- 150
- 151
- 152
- 153
- 154
- 155
- 156
- 157
- 158
- 159
- 160
- 161
- 162
- 163
- 164
- die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren, die bei der Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
 - die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den bevorstehenden EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der Handelsbeziehungen zu machen;
 - die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
 - die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung der Entschließung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für Sanktionen bei Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktioniert werden können;
 - die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer Stellen auf Demonstrationenfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren;
 - alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent*innen in Deutschland zu sensibilisieren;
 - alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
 - die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um deutsche Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu schützen.

weitere Antragsteller*innen

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurpfalz-Hardt KV); Henrike Hahn (KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch

(KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.